

Es gehört selbstverständlich zum Amt des Politikers, durch Aktivitäten von sich reden zu machen. Mißlich ist freilich, wenn er zuvor bereits ungefragt ins Gerede kommt. So widerfuhr es ausgerechnet dem ersten eigenständigen Umweltminister in Baden-Württemberg, den Landeschef Späth unvermutet aus dem Hut gezaubert hatte, obgleich ein solcher Schritt all die Jahre zuvor bekanntlich kein Thema war.

Ins Gerede kam der offenbar einmal mehr auf dem Wege eines einsamen Beschlusses designierte Erwin Vetter nicht etwa aufgrund fehlender Qualifikation, denn er war mehr als «nur» OB in Ettligen. Als Mitglied der Bulling-Kommission – *Kommission Neue Führungsstruktur Baden-Württemberg* unter Regierungspräsident Manfred Bulling –, die im Juni 1985 mit ihren teilweise spektakulären Reformvorschlägen mancherlei politischen Staub aufgewirbelt hatte, hat sich auch Vetter weit aus dem Fenster gelehnt, was den Kompetenz-Zuschnitt eines zeitgemäßen Landes-Umweltministeriums angeht.

Als dessen erster Minister verfügt er nun zwar ungeschmälert über Titel und Ehre, auch über eine große Zahl von Ressorts, die bisher bei anderen Ministern ressortierten, – insbesondere beim Sozial- und beim Innenminister sowie beim Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten. Wobei aber vordergründig auffällt, daß der neue Umweltminister nicht nur in Sachen Raumordnung und Verkehrsplanung mangels Zuständigkeit nicht das letzte Wort haben wird. Dieser Schönheitsfehler wird vermutlich nicht einmal dadurch wettgemacht, daß der Neue selbstverständlich für *Grundsatzfragen der Umweltpolitik* zuständig ist.

Der Grund ist jener ebenfalls neue *Kabinettsausschuß für den ländlichen Raum*, dem der Stellvertreter des Ministerpräsidenten «vorstehen», sprich hier am längeren Hebel sitzen wird, und dieser Vorsteher heißt nicht zufällig Gerhard Weiser, der somit zwar auf den Bereich Umwelt im Titel seines Ressorts verzichten mußte, auch auf die entsprechenden Abteilungen seines Ministeriums, nicht aber auf die ausschlaggebende Kompetenz, denn in diesem Um-

weltkabinett sollen *die umweltrelevanten Vorhaben aller anderen Ministerien koordiniert und entschieden werden – auch die des neuen Umweltministers* (Stuttgarter Nachrichten vom 27. Mai 1987).

Nicht von ungefähr gilt Weiser nicht nur als der starke Mann in Späths Kabinett, er ist es auch. Offensichtlich hatte die Bulling-Kommission – wenn nicht aufgrund deren Votum sogar Späth selbst – die Rechnung ohne den Wirt gemacht: ohne den Landwirt Gerhard Weiser. Selbstverständlich würde niemand so weit gehen zu vermuten, seinerzeit habe man den Bock zum Gärtner gemacht, als dem Landwirtschaftsminister, dessen Einflußbereich für ein Gutteil unserer heutigen Umweltprobleme aufkommt, damals auch noch wesentliche Umweltkompetenzen, der Ressorttitel und vor allem die umweltpolitische Federführung im Lande zugesprochen wurden. Nur durfte es z. B. in Bonn auch kein Zufall gewesen sein, daß dort das Innenministerium federführend war, bis auch Bundeskanzler Kohl angesichts der jüngsten Bundestagswahl und der unzähligen Skandale und umweltpolitischen Defizite in aller Eile ein eigenes Umweltministerium etabliert hat.

Bei (Umwelt-)Staatssekretär a. D. Dr. Günter Hartkopf kann man seit 1983 nachlesen, daß es weder beim Bund noch bei den Ländern damit getan ist, organisatorisch selbständige Umweltministerien einzurichten: *Diese häufig erhobene und auf den ersten Blick so einleuchtend erscheinende Forderung übersieht, daß sich ein (Bundes-)Umweltministerium in dem durch Tauschbeziehungen geprägten politischen Entscheidungsprozeß kaum gegenüber anderen Interessen durchsetzen könnte. Denn mangels anderer wichtiger Aufgaben befände sich das Umweltministerium stets in der Rolle des Bittstellers, ohne anderen Ressorts oder externen Organisationen Vorteile gewähren oder Nachteile zufügen zu können. Ein (. . .) Umweltministerium würde in sich ein Maximum an Konflikten mit einem Minimum an Durchsetzungspotential vereinigen.*

Dies dürfte um so mehr gelten, wenn wichtige Teilbereiche von vornherein ausgegliedert bleiben, vom fehlenden Vetorecht wie in Baden-Württemberg ganz zu schweigen, d. h. der Umweltminister wird in Umweltangelegenheiten nicht stets das letzte Wort haben. Sollte etwa Späth – in Bund und Ländern als «Cleverle» gerühmt – all dies übersehen haben? Mitnichten. Die nächste Landtagswahl steht an, und da ist so ein «Umweltminischerle» grad geschickt.

Das Titelbild zeigt im Vordergrund die Flanke des Irrenbergs bei Balingen, ein Naturschutzgebiet, das sich weitgehend im Besitz des Schwäbischen Heimatbundes befindet (vgl. S. 208 f.). Unübersehbar der Hohenzollern mit Hechingen zu seinen Füßen; dahinter der Waldstreifen des Rammerts und der Schönbuch.